

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Erhard Eppler zur Idee und Praxis multikultureller Gesellschaften: Keine leichte Aufgabe.

Seite 1

Ottmar Schreiner MdB zur beabsichtigten Verkürzung der Kündigungsfristen für Angestellte: Anschlag gegen das moderne Arbeitsrecht.

Seite 4

Konrad Gilges MdB zur Erinnerung an die Funktion von Reichswehr, Wehrmacht und alliierter Kriegspolitik: Über die Rolle des Militärs bei Konfliktsituationen.

Seite 4

48. Jahrgang / 62

31. März 1993

Keine leichte Aufgabe

Zur Idee und Praxis multikultureller Gesellschaften

Von Dr. Erhard Eppler

Mitglied der Grundwertekommission der SPD

I.

Als die Deutschen von Bismarck in einem Reich vereinigt worden waren, schickten sie sich an, zur ersten Industriemacht Europas zu werden. Reichskanzler von Bülow verlangte zu Beginn des Jahrhunderts für die Deutschen einen Platz an der Sonne. Den hatten sie längst, sogar in der prallen Sonne. Weil sie dies nicht begriffen, schlitterten sie in den Ersten Weltkrieg. Die Niederlage und deren Konsequenz, der Vertrag von Versailles, führten zu einer nationalistischen Trotzreaktion. Dabei waren die Gebietsabtretungen 1919, von heute aus gesehen, entweder selbstverständlich oder zumindest diskutabel.

Die Elsässer und Lothringer fühlten sich nun einmal als Teil der französischen Nation, und im Osten war manches nur deshalb zum Deutschen Reich gekommen, weil Preußen sich, wie Österreich und Rußland, bei den polnischen Teilungen bedient hatte.

Vom nationalistischen Trotz profitierten die Nazis. Sie ruinierten Europa und Deutschland, letzteres nicht nur materiell. Nach größtmöglicher Landnahme im Osten mußten Millionen von Ostpreußen, Schlesiern, Pommern und Sudetendeutschen nach Westen fliehen. Aber erstaunlich: Die nationalistische Trotzreaktion blieb diesmal aus, obwohl Deutschland geteilt wurde und die Funktionäre der Vertriebenen durchaus recht hatten, wenn sie darauf verwiesen, daß Stettin, Breslau oder Königsberg deutsche Städte waren. Zu gründlich war Deutschland diesmal besetzt worden, zu schwer belasteten die Verbrechen der Nazis das deutsche Selbstbewußtsein. Aber nachträglich dürfen wir sagen: So selbstverständlich war es nicht, daß die Deutschen besonnen Versöhnung suchten.

Es verstand sich auch nicht von selbst, daß die Vereinigung Deutschlands ohne nationalistische Wallungen, ja ohne nationalen Überschwang vonstatten ging. Manche, vor allem auf der Linken, nahmen es den Ostdeutschen sogar übel, daß diese nichts mehr mit der DDR im Sinne hatten und die Einheit einforderten, und zwar so rasch wie möglich.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Friedlicher Umgang
umweltschonend
Recycling-Papier



Manche, die offenbar noch nie vom Streit zwischen den süddeutsch-österreichischen Großdeutschen und den Preußisch-Kleindeutschen im Paulskirchenparlament 1848 gehört haben, nennen erschauernd "Großdeutschland", was historisch gesehen nicht mehr ist als der von Hitler nicht verspielte Rest von Kleindeutschland.

II.

So gibt es heute in Deutschland nicht mehr, wie 1920 oder 1930, den Nationalismus als Massenbewegung. Es gibt Rechtsradikale, die sich um bemerkt zu werden, gewalttätiger Methoden bedienen und damit genau die Schichten verschrecken, die einst Hitler nachliefen. Anders als 1925 sind Ministerialbürokratie, Rechtsprechung und sogar die bewaffnete Macht eher europäisch als nationalistisch orientiert. Dies gilt noch mehr für die Wirtschaft und zwar für die Unternehmer wie die Gewerkschaften. Rechtsradikalismus ist inzwischen sogar wirtschaftsschädlich, und das ist für viele Deutsche kein geringfügiges Argument.

Nein, die rechtsradikalen Schreier und Gewalttäter sind nicht mehrheitsfähig. Sie profitieren davon, daß dieses Land ohne jede geistig-politische Führung in seine Einheit hineingestolpert ist, daß in West und Ost alles anders gekommen ist, als die verantwortungslosen Parolen des Kanzlers erwarten ließen. Vielleicht läßt sich das nationalistische Aufbäumen teilweise damit erklären, daß viele, die sich in einer neuen Welt zurechtfinden müssen, viele, deren Selbstvertrauen durch Angst um den Arbeitsplatz - oder durch dessen Verlust - leidet, nach Schwächeren suchen, nach Menschen, auf die sie heruntersehen können: Immerhin bin ich kein Kanake, sondern ein Deutscher. Und nach Menschen, die an allem schuld sind: Also wieder die Kanaken. Manche bekunden, sie seien stolz, Deutsche zu sein. Ist das so schlimm, zumal dann, wenn junge Leute keinen Anlaß haben, auf irgendetwas anderes stolz zu sein? Wenn sie dann noch merken, daß sie uns allein mit diesem Sätzchen provozieren, öffentliche Aufmerksamkeit erregen können, dann haben sie das Gefühl, sie träfen uns an einer wunden Stelle. Es war wohl 1972, als die SPD mit Billigung von Willy Brandt Plakate kleben ließ mit der Aufschrift: "Deutsche, wir können wieder stolz sein auf unser Land."

Sicher, das Plakat war auch damals nicht unumstritten, aber es war nicht nationalistisch gemeint.

Vielleicht spüren manche der jungen Leute: bei den Älteren ist da manches unklar, unausgesprochen, nicht zu Ende gedacht.

Der Rat eines klugen Beobachters

Ein kluger Italiener, der lange Botschafter in Deutschland war, hat kürzlich einmal deutschen Intellektuellen, die darüber grübelten, was es hieße, ein Deutscher zu sein, den Rat gegeben, wenn sie nicht wüßten, wer sie seien, sollten sie einfach ihre Nachbarn fragen, die Polen, Franzosen, Italiener. Damit wollte er auch sagen: Daß es für uns, die Nachbarn, eine deutsche Nation gibt, kann für euch nicht gleichgültig sein. Wir entlassen euch auch nicht in eine europäische Identität, die an die Stelle einer deutschen treten könne, wir wollen, daß ihr deutsche Europäer seid, wie wir italienische Europäer sein wollen.

Was einmal so etwas wie Vaterland war, läßt sich nicht auslöschen, sondern nur aufheben. Für den Schwaben Hegel hatte dieses Wort drei Bedeutungen: hinaufheben, aufbewahren und nichtig machen. Ich wäre nicht bereit, mich als Deutscher zu fühlen, wenn meine Heimat, das württembergische Schwaben, nicht in dieser dreifachen Bedeutung in Deutschland aufgehoben wäre, also eben auch aufbewahrt.

Was wäre Deutschland für ein langweiliges Land, wenn es nicht sächsische, friesische oder bayerische Deutsche gäbe. Der Einheitsdeutsche ist glücklicherweise nur eine - widerliche Abstraktion. Und wie öde würde Europa, wenn da nicht lombardisch-italienische Europäer mit westfälisch-deutschen und schlesisch-polnischen Europäern zu tun hätten. Der Einheitseuropäer wäre noch unerträglicher als der Einheitsdeutsche. Das heißt: Daß wir Deutsche sind, ist eine von mehreren Bestimmungen unserer Identität. Sie zu negieren, ist ebenso unsinnig, wie sie absolut zu setzen. Und wo junge Leute die Negierung wittern - zu recht oder unrecht, können sie sehr wohl mit Absolutsetzung antworten.

III.

Sie wittern diese Negierung, wo immer sie von einer multikulturellen Gesellschaft hören.

Nun bedarf auch dieses Wort erst einer näheren Beschreibung. Wenn man so will, war Deutschland seit eh und je eine multikulturelle Gesellschaft. Was hatte die Kultur eines oberschwäbischen Bauerndorfes zu tun mit der Schwabings oder gar Potsdams? Insofern war es immer ein Kennzeichen Deutschlands, daß es da viele Kulturen - und lange Zeit auch viele souveräne Staaten und Vaterländer gab. Aber wahrscheinlich meint multikulturelle Gesellschaft mehr: Zusammenleben der verschiedensten Sprachen, Rassen, Religionen, Nationalitäten.

Seit 1. Januar 1993 kann jeder Spanier sein Zimmergeschäft in Bielefeld aufmachen, jeder Deutsche sein Software-Büro in Sevilla. Wir sind also schon per Gesetz ein offenes Land, und niemand kann dies rückgängig machen.

Arbeitslose Griechen und Iren dürfen bei uns Arbeit suchen. Sie dürfen dabei Griechen und Portugiesen bleiben und trotzdem an Kommunalwahlen teilnehmen. Wir sind bereits multikulturell und werden es bleiben.

Menschen bestehen nicht nur aus Vernunft

Aber es ist doch wohl nicht so, daß ein Land umso demokratischer, friedlicher und progressiver wäre, je multikultureller es ist. Wer einmal nach Los Angeles oder Bombay blickt, von Sarajewo, Beirut und Belfast ganz abgesehen, wird da ziemlich nüchtern. Multikulturelle Gesellschaft bedeutet mehr Konflikte, mehr Spannungen. An solchen Spannungen können Gruppen und Gesellschaften wachsen, aber diese Spannungen können sich auch in grausiger Gewalt entladen. Dabei muß die Gewalt nicht unbedingt von denen ausgehen, die sich "überfremdler" fühlen. Menschen bestehen nicht nur aus Vernunft, ob sie nun Araber, Deutsche oder Juden sind.

Man spricht heute schon davon, moderne Industriegesellschaften würden unregierbar. Multikulturelle Industriegesellschaften dürfen noch etwas unregibar werden, zumal dann, wenn wir alizu arglos darauf zugehen. Dabei reicht es keinesfalls aus, wenn wir Deutschen - hoffentlich - mit allen ethnischen und religiösen Gruppen friedlich zurechtkommen, sie müssen es auch untereinander tun, die Türken und Kurden, die Kroaten und Serben, die Armenier und Aserbeidschander.

IV.

Im übrigen hat ja auch die Gleichberechtigung der Kulturen ihre Grenze. Eine junge Türkin hat in Deutschland die Rechte, die ihr das Grundgesetz zuspricht, ganz gleich, was der Vater oder der Bruder dazu meint. Das heißt: In einer Demokratie gelten Verfassung und Gesetz für alle, ganz gleich, welche Kultur sie pflegen wollen.

Und natürlich ist unser Grundgesetz Ergebnis einer bestimmten Kultur. Nur wer unsere Gesetze für sich gelten läßt, kann auf Dauer mit uns leben.

Wenn das Stichwort multikulturelle Gesellschaft meint, daß wir ein offenes Land sein wollen, daß, wer hier lebt, so leben soll, wie er oder sie es für richtig hält, daß es hier sehr wohl türkische Fußballklubs geben kann - neben solchen, in denen Deutsche, Türken und Spanier miteinander trainieren, daß wir uns hier auch an Moscheen gewöhnen müssen und daran, daß uns charmante schwarze und kaffeebraune Kinder im perfekten Schwäbisch den Weg zum chinesischen Restaurant weisen, dann bin ich für die multikulturelle Gesellschaft. Wenn damit allerdings gemeint sein soll, Deutschland werde umso schöner, harmonischer, demokratischer und menschenfreundlicher, je größer der Anteil fremder Menschen und Kulturen sei, dann wage ich zu widersprechen.

Haben die Konservativen sich verrechnet, als sie allen Ernstes meinte, sie könnten mit der Angst vor den Fremden Wahlen gewinnen, so gibt es auch eine linke Illusion: die von der natürlichen Harmonie der vielen Kulturen. Menschen, ganz gleich woher sie kommen, sind zu vielem fähig, zu Austausch und Gespräch, zur Freude am Fremden, Neuen, aber eben auch zu Abgrenzungen und Ausgrenzung, zu Borniertheit und Fanatismus, zu Angst und Aggression, Haß und Gewalt. Daher ist multikulturelle Gesellschaft kein Ziel, sondern eine Aufgabe, und zwar keine leichte.

(-/31. März 1993/rs/fr)

(Dieser Artikel erschien zunächst in der Zeitschrift "Naturfreunde", die vom Bundesvorstand der Naturfreunde herausgegeben wird)

Anschlag gegen das moderne Arbeitsrecht
Zur beabsichtigten Verkürzung der Kündigungsfristen für Angestellte

Von **Ottmar Schreiner MdB**
Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Das Bundesarbeitsministerium hat erneut in die Trickkiste gegriffen um soziale Standards in der Bundesrepublik weiter zu verschlechtern. Diesmal trifft es den Kündigungsschutz für Angestellte. Die Grundkündigungsfrist für die Angestellten soll von derzeit sechs Wochen zum Quartalsende auf vier Wochen zum Monatsende gekürzt werden. Auch bei längerer Betriebszugehörigkeit soll künftig zum Monatsende die Kündigung ausgesprochen werden können.

Der Bundesarbeitsminister rechtfertigt diesen neuen sozialpolitischen Skandal mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 1990, wonach unterschiedliche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte nicht verfassungskonform sind. Grundsätzlich begrüßte die SPD dieses Urteil, wurde doch ein altes sozialpolitisches Ärgernis aufgegriffen und einheitliche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte angemahnt.

Die SPD hat bereits 1987 einen Gesetzentwurf zur Vereinheitlichung der Kündigungsfristen eingebracht. Danach sollte eine ordentliche Kündigung für alle Arbeitsverhältnisse mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende möglich sein, soweit durch Tarifvertrag nichts anderes festgelegt ist.

Wir bleiben bei unserer Position. Ein modernes Arbeitsrecht erfordert einheitliche Grundkündigungsfristen für alle Arbeitnehmer. Zu einem modernen Arbeitsrecht gehört aber auch der Kündigungsschutz auf einem hohen Niveau. Dies ist auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen notwendig, denn wir wollen die hire & fire-Mentalität anderer Länder nicht übernehmen, sondern einen reibungslosen Übergang in ein neues Beschäftigungsverhältnis ermöglichen. Wir wollen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in der Weise umsetzen, daß die Kündigungsfristen für Arbeiter auf das gesetzliche Niveau für die Angestellten angehoben werden. Die Pläne aus dem Hause Blüm sind für die SPD nicht tragbar.

Beruhigend bleibt jedoch die Tatsache, daß auch der Bundesarbeitsminister nicht in geltende Tarifverträge eingreifen kann, die den Grundsatz der Einheitlichkeit erfüllen. So hat die ÖTV beispielsweise für 3,6 Millionen Arbeiter und Angestellte einheitliche Kündigungsfristen von mindestens sechs Wochen bei einjähriger bis 12 Monaten bei zwölfjähriger Beschäftigungszeit ausgehandelt. Das sollte sich der Arbeitsminister zum Vorbild nehmen und ist wohl eher im Sinne der Verfassungshüter.

(-/31. März 1993/rs/ks)

Über die Rolle des Militärs bei Konfliktsituationen
Zur Erinnerung an die Funktion von Reichswehr, Wehrmacht und alliierter Kriegspolitik

Von **Konrad Gilges MdB**

In den zurückliegenden Monaten wurden im Rahmen der Debatte über einen möglichen Blauhelm-Einsatz der deutschen Bundeswehr immer wieder Stimmen laut, die eine Zustimmung zu solchen Einsätzen mit dem Argument begründeten, schließlich hätten Soldaten 1945 auch Auschwitz befreit. Zunächst einmal ist an dieser Aussage vordergründig nichts auszusetzen. Selbstverständlich haben alliierte Streitkräfte beim Einmarsch in Deutschland auch die Konzentrationslager befreit. Der Einsatz von Interventionskräften nach dem Ende des 2. Weltkrieges zeigt jedoch, daß man sich differenziert mit dem Thema auseinandersetzen muß, um der Problematik gerecht zu werden.

Von der Befreiung von Auschwitz ging keine positive Wirkung auf die Politik aus, militärische Kräfte primär als Mittel der Durchsetzung von Menschenrechten einzusetzen. Egal, ob man Korea, Vietnam, Afghanistan oder Kuwait betrachtet, überall waren machtpolitische Überlegungen zentrale Auslöser der Interventionen. Letztes Beispiel für diese Behauptung war das Verhalten der westlichen Staaten während der Konflikte in der Golfregion in den 80'er und 90'er Jahren. Der erste Golfkrieg zwischen dem Irak und dem Iran konnte unter unsäglichem Leid für die Zivilbevölkerung über Jahre hinweg geführt werden, ohne daß sich die westlichen Staaten ernsthaft für eine Beendigung des Konflikts engagiert hätten. Erst als die Ölversorgung durch die militärische Expansionspolitik des Iraks bedroht wurde, war beim Kuwaitkonflikt die Bereitschaft zur Intervention gegeben. Angesichts dieser historischen Erfahrungen gilt es das Argument der Befreiung Auschwitz durch die alliierten Truppen als Legitimation für militärische Interventionen etwas genauer zu untersuchen.

Bei differenzierter Betrachtung wird deutlich, daß es ein Trugschluß wäre zu glauben, die Menschenrechtsverletzungen in Deutschland hätten die Alliierten dazu gebracht, Krieg gegen Nazi-Deutschland zu führen. Im Gegenteil: Die Amerikaner verfolgten zunächst eine Neutralitätspolitik. Sie fühlten sich trotz der deutlich spürbaren Expansionspolitik Hitlers nicht auf den Plan gerufen, da seine Kriegshandlungen zunächst nur den Osten Europas betrafen (Polen, Tschechoslowakei). Trotz aller Alarmzeichen war das deutsche Kriegsgebaren keine aktuelle und direkte Bedrohung der Sicherheit der Vereinigten Staaten. Erst mit dem deutschen Einmarsch in den Niederlanden, in Belgien und vor allem in Frankreich wurden die Amerikaner hellhörig.

Anlaß zur Kriegsführung gegen Deutschland war für Roosevelt eher eine Ideologiefrage. Man sah im Faschismus und Nationalsozialismus eine Gefahr für die Ideale, denen das amerikanische Volk ergeben war. Es galt, dem Totalitarismus entgegenzutreten. Dies hinderte die Amerikaner jedoch nicht im Sommer 1944, zu einem Zeitpunkt, als Auschwitz für ihre Bomber erreichbar wurde, noch einmal deutlich zu machen, daß die Verhinderung des Holocaust nicht das wichtigste Kriegsziel war. Trotz massiver Interventionen amerikanischer Juden war das Kriegsministerium nicht bereit Flugzeuge von ihren Aufgaben an der Front abzuziehen, um Transporte nach Auschwitz durch die Bombardierung der Bahnlinien zu verhindern.

Für die übrigen Kriegsbündnispartner, einschließlich der Sowjetunion, gilt diese Schwerpunktsetzung in gleichem Maße. Für sie waren andere, existenzgefährdende Gründe ausschlaggebend für ein Auflehnen gegen die deutsche Kriegsmaschinerie.

Ebenso kann dem Argument, "Soldaten haben Auschwitz befreit", das Gegenargument, "Soldaten haben Auschwitz erst möglich gemacht", entgegengestellt werden. Diese Ambivalenz darf bei der Argumentation für weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr oder für ein militärisches Eingreifen in Bosnien-Herzegowina nicht außer acht gelassen werden. Denn Tatsache ist, daß die Liquidationsbefehle, die im Zusammenhang mit dem Ostfeldzug ergingen, von der Wehrmacht ausgeführt wurden. Je schärfer der Vernichtungskampf gegen die Juden tobte, desto radikaler und unverblümter wurde auch die Sprache der Wehrmachtspropaganda. Berichte über die im Osten begangenen Verbrechen sind in viel größerem Ausmaß in der Wehrmacht umgelaufen, als gemeinhin angenommen wird. Seitens der Wehrmacht-Führung wußte man von Anfang an, was das für ein Krieg war, den man da führte. Bis Ende 1941, also noch bevor die große Tötungsmaschinerie in Auschwitz auf Hochtouren lief, sind schon eine Million Juden umgebracht worden - und zwar zum großen Teil mit Unterstützung der Wehrmacht. Wehrmachtsoldaten lieferten jüdische Gefangene aus, halfen bei der Einrichtung der Ghettos, organisierten Transporte, sperrten die Orte ab, etc.

Auch die Rolle der Reichswehr bei Hitlers Machtergreifung soll hier näher beleuchtet werden. Alles in allem war die Reichswehr für Hitler ein hilfreicher Bundesgenosse. Sie hat sich zu stark in seine Machenschaften verstrickt und mußte sich dann deren Regeln unterwerfen. Die Reichswehrführung hätte aktiv an einer Verhinderung Hitlers Machtergreifung mitwirken können. Aber das Gegenteil war der Fall. Sie hatte durch die seit 1932 immer wieder vorgetragenen Gedanken über eine mögliche Einbeziehung Hitlers in eine Regierung dessen politischer Reputation eher genutzt, ihn auch für Hindenburg als ministrabel ins Gespräch gebracht. Wo die Reichswehr Widerstand erwo, war er gegen eine Präsidialdiktatur Papens gerichtet und nicht gegen einen verfassungsmäßig ernannten Kanzler Adolf Hitler.

Das grundsätzlich gleichgerichtete Ziel von Reichswehr und Nationalsozialisten, insbesondere die Mobilisierung der kriegerischen Kraft der Nation zur Durchsetzung einer neuen Rolle Deutschlands in der Welt, wurde auch von Hitler immer wieder betont. Am 3. Februar 1933 - also schon vier Tage nach seiner Machtergreifung - sprach Hitler in einem Vortrag vor führenden Militärs von seinen Eroberungs- und Vernichtungsplänen, vor allem in Richtung Osten.

Ferner hat die Reichswehrführung niemals gegen die Zerstörung der Weimarer Republik protestiert; keinen Protest gegen die Einrichtung von Konzentrationslagern, gegen die Nürnberger Gesetze oder gegen die ersten antijüdischen Ausschreitungen. Die kalkulierten Vernichtungen im "Lebensraum"-Krieg gegen Polen oblagen der Verantwortung des Heeres - wer nicht zur Arbeit verwendet werden konnte, war der Vernichtung preisgegeben.

Es bleibt festzuhalten, daß das von der Reichswehr geförderte Machtvakuum, das nicht zuletzt in der mangelhaften Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie begründet lag, eine Voraussetzung der Machtübernahme Hitlers war. Die Namen der Reichswehrgeneräle Groener, Schleicher und Blomberg sind untrennbar mit der Etappe des direkten Weges vom bürgerlichen Parlamentarismus über die Notverordnungsdictation zur Errichtung und Konsolidierung des faschistischen Regimes verknüpft.

Führende Rolle der Armee im Nazifizierungsprozeß

Tatsache ist ferner, daß die deutsche Armee im Nazifizierungsprozeß der deutschen Gesellschaft eine führende Rolle eingenommen hatte. Bereits sehr früh wurde im deutschen Offizierkorps Antisemitismus spürbar. Der Ausschluß "nicht-arischer" Soldaten war möglich, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die NSDAP noch gar nicht auf eine derartige Maßnahme drängte. Die nationalsozialistische Weltanschauung und die Wehrmachtsideologie waren kaum voneinander zu trennen. Die Wehrmacht zeigte sich solange loyal, wie sie die eigenen Interessen gefördert sah und ihr institutioneller Rahmen unangetastet blieb.

Mit dieser Retrospektive auf den dunkelsten Teil deutscher Geschichte soll verdeutlicht werden, daß die Unterscheidung zwischen angemessenen und nichtangemessenen militärischen Schritten nicht greift. Dies sollten sich besonders diejenigen vor Augen führen, die ein militärisches Eingreifen im Jugoslawien-Konflikt sowie eine Beteiligung der Bundeswehr an weltweiten Kampfeinsätzen fordern. Die grundsätzlichen Zweifel an der Fähigkeit des Militärs Menschenrechte zu sichern, lassen es auch sinnvoll erscheinen, zukünftige Blauhelm-Verbände der Bundesrepublik, die friedensbewahrende Aufgaben wahrnehmen sollen, speziell für diese besondere Aufgabe zu trainieren und sie als eigenständige Verbände außerhalb der Bundeswehr zu führen, da die normale Ausbildung des Militärs nur eine unzureichende Vorbereitung auf die Aufgaben eines Blauhelmsoldaten bietet.

Bei allen Überlegungen, internationale Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen, sollte immer bedacht werden, daß meistens auch militärische Kräfte am Zustandekommen dieser Konflikte beteiligt sind. Diese Ambivalenz bezüglich dieses heiklen Themas sollten all jene bedenken, die ein vorschnelles militärisches Handeln fordern. Unrecht darf nicht mit gleichem Unrecht vergolten werden. Es darf nicht soweit kommen, daß unter dem Deckmantel der Humanität Krieg, im Clausewitz'schen Sinne als Fortführung der Politik mit anderen Mitteln, wieder hoffähig gemacht wird.

(-/31. März 1993/rs/ks)
